

Bericht : „Die Klage der Marshall-Inseln“ Vortrag von Reiner Braun (IALANA)

im Erbacher Hof, Mainz, am 7.4.2015, (zusammengefasst von Heidi Kassai, 1048 Wörter)

Zur Einführung in das Thema wurde ein Auszug aus dem Film „Nuclear Savage“ gezeigt, der als eine wichtige Dokumentation der Tatsachen wiedergibt, die Amerika den Insulanern der Marshall-Inseln angetan hat.

Die Marshall-Inseln sind ein ozeanischer Inselstaat im westlichen Pazifischen Ozean. Der Staat umfasst die gleichnamige Inselgruppe, die zu Mikronesien gehört. Die Inselketten umfassen rund 1225 größere und kleinere Inseln, sowie 870 Riffe, die sich über ein Gebiet von knapp 2 Mio. km² im mittleren Pazifik erstrecken. Die Landfläche von insgesamt 181 km² ragt im Mittel rund 2 Meter über den Meeresspiegel hinaus.

1946 bis 1958 sind insgesamt 67 Nukleartests ausgeführt worden, das entspricht etwa 1,6 Hiroshima Bomben täglich! Allein der sogenannte „Bravo“ Atomtest vom 1. März 1954 hatte eine 1000-fache Sprengkraft der Hiroshima Bombe. Gesundheitliche Folgen sind u.a. Krebs bis in die 3. Generation. Ökologische Folgen sind Verstrahlungen bis zu 24.000 Jahre in die Zukunft hinein und extreme Kontamination des Bodens, der Nahrungsmittel, des Trinkwassers, des pazifischen Meeres und der gesamten Atmosphäre und Hemisphäre.

Die Betroffenheit über diese unvorstellbare Verletzung des Rechts auf Leben wird in den Ausführungen des Außenministers der Marshall-Inseln Tony de Brum deutlich:

„Unser Volk muss die katastrophalen und irreparablen Schäden dieser Waffentechnologie tragen, und wir geloben dafür zu kämpfen, dass niemand auf dieser Erde solche Grausamkeiten jemals wieder erfahren müssen“ und „Die andauernde Existenz von Nuklearwaffen und ihr schreckliches Risiko für alles Leben auf dieser Erde bedrohen uns alle.“

Die Klage der Marshall-Inseln gegen die neun Atomwaffenstaaten wurde am 25.04.2014 beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingereicht. Ziel ist, die Atomwaffenstaaten vor dem Gerichtshof der Vereinten Nationen für ihre eklatante Verletzung des Völkerrechts zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Mut dieser leidgeprüften Inselbewohner und deren Regierung, sich vor allem der Großmacht Amerika entgegenzustellen und sie anzuklagen, trotz ihrer Abhängigkeit, ist bemerkenswert. Dafür wurde Tony de Brum im Dezember 2014 in Wien im Rahmen der Konferenz zu den humanitären Folgen von Atomwaffen durch das „International Peace Bureau“ der „Sean McBride Prize“ ausgehändigt.

Den Atomwaffenstaaten wird vorgeworfen, ihre Verpflichtung nach Art. VI des Atomwaffensperrvertrages und den Regeln des Völkerrechts zum Eintritt in Verhandlungen mit dem ernsthaften Ziel zur Einigung über eine vollständige nukleare Abrüstung zu verletzen. Das Land erhofft sich Rechtsschutz durch Feststellungs- und Unterlassungsanträge beim Internationalen Gerichtshof, um die Atomwaffenstaaten zu zwingen, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen endlich nachzukommen.

Die Bedeutung des Internationalen Gerichtshofes für das Ringen um eine atomwaffenfreie Welt ist nicht zuletzt einer jahrzehntelangen Arbeit der weltweiten Kampagnen vieler Initiativen und Organisationen zu verdanken. Der Internationale Gerichtshof hat bereits 1996 in seinem auf Antrag der UN-Generalversammlung eingeholten Rechtsgutachten zur Völkerrechtswidrigkeit der Androhung des Einsatzes und des Einsatzes von Atomwaffen einstimmig festgestellt: Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags verpflichtet alle

Atomwaffenstaaten, baldmöglichst konkrete Verhandlungen über eine Atomwaffenkonvention in redlicher Absicht aufzunehmen und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zum Abschluss zu bringen, die zu einem weltweiten Verbot aller Atomwaffen unter strikter und wirksamer Kontrolle führen. Die fünf ursprünglichen Nuklearmächte USA, Russland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und China sind Vertragsparteien des Atomwaffensperrvertrages. Sie ignorieren jedoch bis heute diese Verpflichtungen. Die vier weiteren Atomwaffenstaaten – Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea – sind zwar nicht Vertragspartner des Abkommens. Sie sind aber nach dem Völkergewohnheitsrecht in entsprechender Weise verpflichtet.

Was sagt das Urteil vom 8. Juli 1996 und warum ist es eine gute Grundlage – an die erinnert werden sollte? Der Gerichtshof hielt in einer einstimmig verabschiedeten gutachterlichen Stellungnahme fest, dass „eine allgemeine Verpflichtung darüber besteht, in gutem Glauben und unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle Verhandlungen über nukleare Abrüstung in all seinen Aspekten zu führen und erfolgreich abzuschließen“. Die nun eingebrachten Klagen sorgen dafür, dass die rechtlichen Verpflichtungen bezüglich nuklearer Abrüstung wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, wo sie hingehören, und dass die Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs von 1996 nicht vergessen und ignoriert wird.

Das Urteil war ein großer Erfolg der Anti-Atomwaffenbewegung. Auf dieses Datum beziehen sich die jährlichen Aktivitäten der „Mayors for Peace“ (weltweit über 6000 Bürgermeister, die sich zum Schutz ihrer Bevölkerung gegen Atomwaffen aussprechen und am 8.7. ihre Flaggen hissen) und viele weitere Aktionen weltweit.

Beim Verfahren sind alle Atomwaffenstaaten, auch die Nato-Bündnispartner, beteiligt. Alle werden um Stellungnahme gebeten. Es wird Anhörungen zum weiteren Verfahren geben und schließlich das Urteil. Das internationale Rechtsberatungsteam der Republik Marshall Islands wird von zwei Prozessvertretern angeführt: Tony de Brum, Außenminister der Republik der Marshallinseln, sowie Phon van den Biesen, ein aus Amsterdam stammender Anwalt und langjähriges Mitglied der IALANA. Weitere wichtige Mitglieder des Rechtsberaterenteams sind Laurie Ashton (Keller Rohrback, USA); Nicholas Grief (Doughty Street Chambers, London sowie Rechtsprofessor an der Universität Kent); Christine Chinkin (Professorin für Internationales Recht, London School of Economic and Political Science); John Burroughs (Geschäftsführer des Lawyers Committee on Nuclear Policy sowie der IALANA Geschäftsstelle bei den Vereinten Nationen); David Krieger (Präsident der Nuclear Age Peace Foundation, Californien); und Peter Weiss (Co-Präsident der IALANA). In dem vor dem U.S. Bundesgerichtshof eingebrachten Fall wird die Republik der Marshallinseln von der Anwaltskanzlei Keller Rohrback vertreten. Erste Ergebnisse bei diesem Verfahren sind, dass die USA die Klage abgewiesen hat und Pakistan sowie Indien das Gericht entscheiden lassen.

Die Internationale Vereinigung von Juristinnen und Juristen gegen Atomwaffen (IALANA) hatte sich im Rahmen der Gutachterlichen Stellungnahme von 1996 stark engagiert, und sind auch jetzt aktiver Teil des internationalen Rechtsberaterenteams, dass die Republik der Marshallinseln vor dem Internationalen Gerichtshof vertritt. Auch die IPPNW ist stark engagiert und spricht in Folge der Atomwaffentests von Folter.

Aktuell gibt es immer noch weltweit 16.000 Atomwaffen und ihre Modernisierung ist allein von den USA in den nächsten 30 Jahren für 1000 Milliarden Dollar geplant. Was könnte man alles von diesem Geld für den Frieden tun! In Europa sind in 5 Ländern als Nato-Bündnispartner noch US-Atombomben stationiert : in Deutschland (Büchel)/Eifel), in den Niederlanden, in Belgien, in Italien und in der Türkei. Guido Westerwelle hatte sich seinerzeit sehr für den Abzug der Atomwaffen in Büchel eingesetzt, wurde jedoch von der deutschen Regierung ausgelacht! Aber er hat sich sehr bemüht. Außenminister Steinmeier dagegen ignoriert diese bedrohliche Situation und hält an der nuklearen Abschreckung fest. Obwohl die Amerikaner angeboten haben, die Atomwaffen sofort abziehen, wenn die deutsche Regierung es wünscht (die deutsche Regierung braucht

nur das Stationierungsabkommen kündigen und schon sind die Atombomben aus Deutschland weg), bewegt sich Deutschland nicht in diese Richtung. Proteste gehen vor allem ins fünfte Jahr seit dem 26. März 2010, als parteiübergreifend der Bundestag beschloss, die Atomwaffen wieder in die USA zurück zu geben. Dieser Beschluss wird bis heute ignoriert. Es sind auch wir Deutschen, nicht allein die „bösen Amerikaner“ verantwortlich : unsere Steuergelder bezahlen deutsche Bundeswehrsoldaten, die an deutschen Raketen und ihren Atombombenattrappen täglich üben. In 2019 sollen die ersten modernisierten Atombomben in Deutschland und den anderen 4 europäischen Ländern stationiert werden. Bis dahin müssen wir dafür sorgen, dass sie bereits abgeschafft wurden.

Wenn sich deutsche (Rhein-Metall, Kassel) mit französischen Atomindustrie-Konzernen zusammenschließen, wird es immer schwieriger, die Verantwortlichkeiten zu erfassen. Eine Hoffnung ist allerdings, dass der größte deutsche Rüstungshersteller „Heckler & Koch“ kurz davor ist, pleite zu gehen. Deutschland ist wegen dieser nahe Stuttgart gelegenen Fabrik der drittgrößte Waffenlieferant der Welt! Für die Abschaffung aller Arten von Waffen hat Jürgen Grässlin (DFG-VK) harte Arbeit geleistet!

Die „doomsday-clock“ (Weltuntergangsuhr) wurde von internationalen Wissenschaftlern von 5 Minuten auf 3 Minuten vor 12 gestellt : erstens wegen des Klimawandels und zweitens wegen der vielen Atomwaffen und der größeren Bereitschaft sie tatsächlich einzusetzen – und nicht zuletzt wegen der heftigen Konfrontation, die im Ukraine-Konflikt eskaliert. Putin drohte sogar in der Krim mit dem Einsatz von Atombomben! Selbst Gorbatschow warnt vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges – dieses Mal unweigerlich eines Atomkrieges. Wir sind gefordert, die Protestbewegung in unseren Ländern zu verstärken.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass es Atomwaffen gibt und der Druck auf die Nuklearwaffenkonvention muss verstärkt werden. Dieser Kampf ist wie der von David gegen Goliath – doch der Gang einer couragierten Regierung zum Internationalen Gerichtshof – wie der von Tony de Brum - ist hilfreich, um einen Menschheitstraum zu erfüllen: die Welt von Atomwaffen zu befreien.

Der Vortragsabend schließt mit einem Gedicht-Auszug von Bertolt Brecht :

Das tausendmal gesagte immer wieder sagen

...Und doch wird nichts mich davon überzeugen,
dass es aussichtslos ist,
der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.
Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen,
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!
Lasst uns die Warnungen erneuern,
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!
Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.

- Bertolt Brecht – geschrieben 1952